

Fritz Plasser

Legitimationskrise der politischen Parteien in Österreich?

Der Übergang von einer Konfliktkultur politischer Militanz zu einer Konsenskultur politischer Konkordanz war die entscheidende Vorbedingung für die außerordentliche Stabilität und Legitimität der österreichischen Nachkriegsdemokratie. Scheiterte die Erste Republik am unversöhnlichen Dogmatismus der strategischen Eliten, einem verbreiteten Antiparteienaffekt in der Bevölkerung, dem Verlust der innergesellschaftlichen Konsensfähigkeit und einer bestenfalls deklamatorischen Akzeptanz parlamentarischer Spielregeln¹, steht die Zweite Republik für einen kompromiß- und konsensorientierten Politikstil der Konkordanz, der in der spezifischen Variante der österreichischen Sozialpartnerschaft neben politischer vor allem soziale Stabilität zu garantieren versteht. Anfängliche mentale Vorbehalte gegen die neue demokratische Ordnung, Restbestände militanter Lagermentalitäten wie autoritäre Ressentiments schwinden mit der politischen und wirtschaftlichen Erfolgsgeschichte der Zweiten Republik, wie auch genuin antidemokratische Orien-

tierungen zu minoritären Randerscheinungen werden. Außergewöhnliche Stabilität und Legitimität werden zu internationalen Markenzeichen des österreichischen Parteiensystems.

Im Vergleich zu anderen westeuropäischen Demokratien stand das österreichische Parteiensystem über Jahrzehnte für ein Höchstmaß an parlamentarischer Konzentration, disziplinierter Partizipation und flächendeckender Penetration der gesellschaftlichen Strukturen. Erst in den späten siebziger Jahren wurden Spät- und Folgekosten einer parteipolitischen „Übersteuerung“ und Kolonisierung der österreichischen Gesellschaft sichtbar. Bestand in den ersten Jahrzehnten der Zweiten Republik – von der „versäulten Konkordanzdemokratie“ der fünfziger Jahre² bis zur begrenzten „Konkurrenz- und Beteiligungsdemokratie“ der siebziger Jahre³ – eine enge Verschränkung zwischen politischer Kultur und den etablierten politischen Handlungsmustern wie institutionellen Strukturen des österreichischen „Parteienstaates“, geraten die Parteien im Verlauf der achtzi-

ger Jahre zunehmend „unter Streß“.⁴ Lange verdrängte Konsequenzen der jahrzehntelangen Hyperstabilität, der parteipolitischen Penetration der zivilen Gesellschaft werden sichtbar und finden in einer systemischen Sklerose der politischen Institutionen wie in einer spürbaren Entfremdung und Verdrossenheit der Bürger und Wähler ihren Niederschlag. Die Entwicklung geht in Richtung einer „Wählerprotestkultur“, die auch die partei- und wahlpolitische Landkarte der Zweiten Republik verändert.

Die tendenzielle Legitimations- und Akzeptanzschwäche der politischen Parteien ist dabei an rückläufigen Wahlbeteiligungsraten ebenso abzulesen wie an tiefreichenden Veränderungen in den politischen Einstellungen und Orientierungen der österreichischen Wähler. Fühlten sich 1969 noch 75 Prozent der Wahlberechtigten mit einer bestimmten Partei innerlich eng verbunden, identifizieren sich Ende der achtziger Jahre nur mehr knapp 50 Prozent mit einer politischen Partei. Rund die Hälfte der österreichischen Wähler steht dem Parteienangebot vergleichsweise reserviert bis distanziert gegenüber. Der Prozentsatz derjenigen Wähler, die letztlich dem „kleineren Übel“ den Vorrang geben, ist in den letzten Jahren stark angestiegen. Die Integrationsfähigkeit politischer Parteien hat gerade bei Angehörigen der jüngeren Wählergeneration unverkennbar abgenommen. Das verbreitete Diktum von einer zunehmenden Parteiferne der Jugend und Jugendferne der Parteien trifft auch auf das gestörte

Verhältnis der österreichischen Parteien zu den nachrückenden Wählergenerationen zu.⁵

Die Erosion langfristiger Parteibindungen und die Abschwächung traditioneller Parteiloyalitäten bedeuten dabei – isoliert betrachtet – noch keinen Legitimationsverlust des Parteiensystems, sondern stehen vielmehr für eine fortschreitende Modernisierung und Individualisierung der gesellschaftlichen Strukturen. Steigende Wechselwähleranteile und verschärfte Konkurrenzbeziehungen zwischen den Parteien können ebenso als Zeichen demokratischer Reife und erhöhter Souveränität der Wähler gedeutet werden. Problematischer als die offenkundigen Integrationsprobleme der politischen Parteien ist hingegen ihre abnehmende Glaubwürdigkeit.

Nach den Daten einschlägiger empirischer Untersuchungen sind die österreichischen Parteien mit einer tiefgreifenden „Vertrauenslücke“ konfrontiert. Ein internationaler Vergleich des Vertrauens in öffentliche Institutionen zeichnet für Österreich aus Sicht der Bevölkerung eine ausgeprägte Vertrauenshierarchie, in der Polizei, Gerichte und Verwaltung die Spitzenplätze einnehmen, während der Regierung und dem Parlament ebenso wie den Massenmedien und politischen Parteien nur ein mäßiges – im letzteren Fall sogar defizitäres Vertrauen entgegengebracht wird.⁶ Emotionale Distanz zu den politischen Parteien in Verbindung mit Zweifeln an ihrer Glaubwürdigkeit stellen somit eine unverkennbare Bela-

stung dar. Noch weit entfernt von einer Legitimations- und Akzeptanzkrise verweisen die gestörten Wähler-Partei-Beziehungen aber auf charakteristische Strukturprobleme des österreichischen Parteiensystems, die mit oberflächlicher Reformrhetorik allein nicht zu lösen sind.

Zu den bislang ungelösten Strukturproblemen des österreichischen Parteiensystems zählt der Befund einer mittlerweile dysfunktional gewordenen „Überdehnung“ des Parteeinflusses. Der im internationalen Vergleich außerordentliche Grad der Politikverflechtung und die Eroberung – ja Kolonisierung – des Staats- und Verwaltungsapparates durch die Großparteien führen konsequenterweise zu Spielformen klientelistischer Lehensherrschaft, Patronage, Mißwirtschaft und permanenter Korruptionsanfälligkeit. Bei den Bürgern bewirkt dies zwangsläufig den Eindruck der zunehmenden Abschottung einer privilegierten Funktionärselite, die im Zerrbild des alimentierten Mehrfachfunktionärs mit Mehrfachpensionsansprüchen latente Antiparteienafekte anstachelt, Protesthaltungen aktiviert und populistischen Akteuren ein wählerwirksames Angriffsziel bietet.

Hausgemachte Strukturprobleme des österreichischen Parteiensystems sind neben der schrankenlosen Überdehnung des Parteeinflusses unverkennbare Demokratie- und Partizipationsdefizite, die sich nicht nur an erstarrten innerparteilichen Strukturen und versteinerten Machtritualen ablesen lassen, sondern auch an einer

unverkennbaren Risikoscheu, wenn es um die Öffnung des Rekrutierungsprozesses und die Ausweitung der Mitsprachemöglichkeiten der Wähler geht. Die deutlichen Ermüdungserscheinungen einer durch übertriebene Rücksichtnahme auf traditionelle Organisationsinteressen erschöpften Wahlrechtsreform verdeutlichen die Probleme einer „Öffnung der Parteien“, die über rhetorische Lippenbekenntnisse hinausgeht.

Auch am Beginn der neunziger Jahre wird das definitive Ende der traditionellen „Lagerdemokratie“ mit ihren disponiblen Wählerblöcken, disziplinierten Mitgliederstöcken und traditionellen Loyalitäten noch nicht von allen Angehörigen der strategischen Partieliten gleichermaßen akzeptiert. Solange die Bezugspunkte für politisches Handeln in mittlerweile antiquierten Routinen der Nachkriegsdemokratie gesucht werden, müssen überfällige Reformen an erstarrten Strukturen scheitern. Die erkennbare Vertrauenslücke könnte sich somit – im ungünstigsten Fall – langfristig zu einer veritablen Vertrauensklüft ausweiten. Die anlaufenden ‚Kosten‘ der Wiedergewinnung verspielten Vertrauens wären dabei in jedem Fall höher als die ‚Kosten‘ der rechtzeitigen Entschärfung der Ursachen des gegenwärtigen Wählerprotestes.

Anmerkungen:

1 Siehe als Überblick: Helmut Rumpler, Parlamentarismus und Demokratieverständnis in Österreich 1918–1933, in: Anna M. Drabek, Richard G. Plaschka, Helmut Rumpler, Hg., Das Parteienwesen

Österreichs und Ungarns in der Zwischenkriegszeit, Wien 1990.

2 Zum Konzept der „versäulten Konkordanzdemokratie“ siehe: Gerhard Lehmbuch, Proporzdemokratie: Politisches System und politische Kultur in der Schweiz und in Österreich, Tübingen 1967.


3 Peter A. Ulram, Hegemonie und Erosion: Politische Kultur und politischer Wandel in Österreich, Wien 1990.

4 Fritz Plasser, Parteien unter Streß. Zur Dynamik der Parteiensysteme in Österreich, der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten, Wien 1987.

5 Zur Erosion der traditionellen „Lagerdemokratie“ siehe: Fritz Plasser, Peter A. Ulram, Alfred Grausgruber, The Decline of „Lager Mentality“ and the New Model of Electoral Competition in Austria, in: Kurt R. Luther u. Wolfgang C. Müller, Hg., Politics in Austria: Accomodation to Conflict?, London 1991 (im Erscheinen).

6 Fritz Plasser u. Peter A. Ulram, Hg., Staatsbürger oder Untertanen? Politische Kultur Deutschlands, Österreichs und der Schweiz im Vergleich, Frankfurt am Main u. Bern 1991.

DER ÖSTERREICHISCHE
JOURNALIST



KURT VORHOFER
DER PATRIOT
EIN MANN VOLLER
EIGENSCHAFTEN

Die Formel für
mehr Pfiff beim
Schreiben

Der Patriot

Er spendet der ÖVP Geld, findet es manchmal besser zu schweigen und schreibt geheime Tagebücher — Kurt Vorhofer, Innenpolitiker bei der *Kleinen Zeitung* als Titel im neuen *JOURNALIST*. Dazu eine Formel für mehr Pfiff beim Schreiben, Stellenanzeigen und viele praktische Tips für Berufseinsteiger und Profis.

Der *JOURNALIST* ist für 60 Schilling direkt beim Verlag unter ☎ 0662/66 1073 zu beziehen.